

Ute Koczy MdB
Sprecherin für Entwicklungspolitik
Bündnis 90/Die Grünen

November 2008

Wozu Hilfe für Entwicklung?



Anforderungen an eine Entwicklungspolitik der Zukunft

Inhalt

EINLEITUNG.....	1
Kann Entwicklungspolitik in Zukunft eine Rolle spielen?	2
GLOBALE KRISEN BRAUCHEN GUTE GLOBALE ANTWORTEN	3
Global Governance: Globale Strukturpolitik auch aus entwicklungspolitischer Sicht definieren	3
Nur gemeinsam sind wir stark: Multilaterale Politik ausbauen	3
Alte Machtstrukturen müssen Neuen weichen	3
Harmonisierung der globalen Entwicklungszusammenarbeit	4
Afghanistan: Paradebeispiel für mangelnde Geberkoordination	4
KOHÄRENZ, EIGENSTÄNDIGKEIT UND DER UMGANG MIT NEUEN MÄCHTEN.....	5
Kohärenz verwirklichen	5
Eigenständigkeit der Entwicklungspolitik	6
Europäische und internationale Kompetenz erhöhen	6
Deutsche Entwicklungszusammenarbeit in China muss mit der Zeit gehen	6
KLIMAWANDEL, ROHSTOFFKNAPPHEIT UND STEIGENDE NAHRUNGSMITTELPREISE.....	7
NACHBARKONTINENT AFRIKA	9
Ein unterschätzter Kontinent	9
Die Millenniumsentwicklungsziele (MDG) drohen zu scheitern	9
Alte Zöpfe abschneiden und neue Ansätze verwirklichen	10
DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK ZUKUNFTSFÄHIG MACHEN UND REFORMEN VORANTREIBEN	10
Ohne innovative Finanzierungsinstrumente kein Erreichen der MDGs	10
Entwicklung braucht globale Strukturpolitik	11
Budgethilfe: Chancen nutzen	11
Institutionenreform muss fortgesetzt werden	12
Das Ziel: Schneller, zügiger, konkreter, internationaler und erfolgreicher	12
Innovativ und flexibel – Neue Ansätze aufgreifen	13
Zivile Gruppen vermehrt stärken	14
DESHALB ENTWICKLUNGSPOLITIK!.....	14
QUELLEN	15

Einleitung

Kein Politikfeld kann angesichts der globalen Herausforderungen wie Klimawandel, Nahrungsmittelverteuerung, Rohstoffverknappung, ungerechtes Welthandelssystem, Finanzmarktkrise und politischer wie wirtschaftlicher Machtverschiebungen weitermachen wie bisher. Dies gilt selbstverständlich auch für die Entwicklungspolitik (EP). Will dieser Teil der internationalen Politik auch künftig zur Gestaltung einer gerechten Globalisierung beitragen, müssen Reformen auf den Tisch und eine Anpassung der Strukturen an veränderte Bedingungen organisiert werden. Dirk Messner, der Leiter des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE), spricht hier von der Notwendigkeit ein „entwicklungspolitisches Design der Zukunft“ vorzubereiten, das über die Millenniumsentwicklungsziele 2015 hinausgeht.

Ein „entwicklungspolitisches Design der Zukunft“

Gegenwärtig steht das gesamte Spektrum der globalen Politik auf dem Prüfstand. Die seit Jahren stockenden Verhandlungen in der Welthandelsorganisation WTO lassen Zweifel an der Einigungsfähigkeit der Mitgliedsstaaten wachsen. Die Kaukasuskrise und die Reaktionen darauf zeigen, wie brüchig der internationale Frieden ist. Die Auswirkungen der größten Finanzkrise seit Jahrzehnten und die Konsequenzen für die internationale Finanzarchitektur sind noch nicht absehbar. Doch klar ist, dass allein schon diese Ereignisse massive Auswirkungen auf die Entwicklungs- und Schwellenländer haben werden. Insbesondere wird sich die Lage für die ärmsten Bevölkerungsgruppen in diesen Ländern verschärfen und es bleibt offen, wie ernst es der Weltgemeinschaft tatsächlich ist, die krassen Unterschiede und Ungerechtigkeiten zu beseitigen.

Fragen drängen sich auf: Wie wird sich diese Welt in Zukunft organisieren? Steuert unser Planet auf eine weitere Phase großer Instabilität, verbunden mit Rohstoffkonflikten, Terrorismus und Krieg zu? Oder werden die Regierungen gemeinsam daran arbeiten, Leitlinien globaler Politik zu gestalten, die den Herausforderungen unserer Zeit gewachsen sind und den Frieden bewahren? Welche Rolle werden dabei Akteure der Zivilgesellschaft – wie Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, Kirchen, Gewerkschaften und Stiftungen – spielen?

Ich meine, dass es die Aufgabe von Entwicklungspolitik ist, sich im Rahmen ihrer Kompetenzen einzumischen, Position zu beziehen und die Grundsätze entwicklungspolitischer Arbeit wie Menschenrechte, Gerechtigkeit, Demokratie und ökologische Nachhaltigkeit als friedensstiftende Werte internationaler Politik einzufordern. Vielfach wird in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit der Durchsetzung „deutscher Interessen“ verwiesen und dies in Opposition zur Frage von „Werten“ gestellt. Doch ist dies tatsächlich ein Gegensatz? Wenn die allgemein gültigen Menschenrechte tatsächlich die Leitplanken deutscher Außen-, Wirtschafts-, Handels-, Landwirtschafts- und Umweltpolitik wären, dann müssten „Werte“ und „Interessen“ im Grunde die gleichen Ziele haben. Dennoch gibt es realpolitische Entscheidungen, die beweisen, dass dem nicht so ist. Kritische Fragen sind vonnöten, um dieses Verhältnis für die Zukunft zu klären. Die Diskussionen über die Unterschiede zwischen Interessen- oder Werteorientierung müssen jetzt geführt und Kohärenz hergestellt werden.

Vision von Entwicklungspolitik

Entwicklungspolitik, und das ist das Schöne an diesem Bereich, ist ein Politikfeld, dessen Aufgabe es ist, sich selbst überflüssig zu machen. Entwicklungspolitik ist dann nicht mehr nötig, wenn es gelungen ist, in allen Ländern auf der Welt, Armut und Krankheit, Krieg und Unterdrückung überwunden zu haben. Eine Illusion? Gewiss, aber auch eine Vision, für die es sich zu arbeiten lohnt. EntwicklungspolitikernInnen müssen also BerufsoptimistInnen sein, um nicht dem Zynismus zu verfallen. Das heißt aber nicht, dass sich Entwicklungspolitik nicht an der Realität ihrer Erfolge und Misserfolge zu messen braucht.

Konkurrenz und Kohärenz zwischen Werten und Interessen

Entwicklungspolitik ist globale Strukturpolitik

Mit diesem Papier möchte ich zur Diskussion über aktuelle Anforderungen an eine moderne Entwicklungspolitik beitragen und auf einige Bereiche näher eingehen. Ich stelle bei meiner Arbeit oft fest, dass vielen nicht klar ist, dass Entwicklungspolitik mehr ist als bloße Armutsbekämpfung und nicht auf „Entwicklungshilfe“ reduziert werden darf. Entwicklungspolitik ist viel mehr als nur der Teil des schlechten Gewissens der Welt, das finanzielle, technische und personelle Ressourcen in ärmere Staaten schickt. Entwicklungspolitik definiert sich als Teil einer globalen Strukturpolitik mit Handlungsbedarf auf folgenden drei Ebenen:

- bei den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklungsprozessen in den Partnerländern,
- bei dem Versuch, Veränderungen der globalen Regelwerke, Institutionen und Programme (Global Governance) entwicklungsförderlich auszurichten und
- bei Strukturveränderungen in den reichen Ländern, damit Entwicklungspolitik besser gelingen kann.

Doch diese gewaltigen Aufgaben können selbstverständlich nicht von der Entwicklungspolitik allein geleistet werden. Dazu bedarf es der Kooperation, der Vernetzung und des gemeinsamen politischen Willens der gesamten Regierung.

Kann Entwicklungspolitik in Zukunft eine Rolle spielen?

Entwicklungspolitik bietet Chancen

Ja, denn Entwicklungspolitik leistet einen zentralen Beitrag für eine Welt, in der die Menschen in Frieden und frei von Not leben können. Die wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung der Entwicklungsländer will sie nicht nur durch die technische und finanzielle Zusammenarbeit positiv beeinflussen. Entwicklungspolitik hat auch in Zukunft die Aufgabe in die wirtschaftlichen, politischen und ökologischen Rahmenbedingungen auf nationaler wie auf supranationaler Ebene dergestalt einzugreifen, dass Entwicklungsländer die Chance haben, Armut und Ungerechtigkeit auf lange Sicht hin zu überwinden.

Entwicklungspolitik muss selbstbewusster für die Erreichung der MDGs eintreten

Gegenwärtig geben die Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs: Millennium Development Goals) die Richtung in der internationalen Entwicklungspolitik vor. Im September 2000 erklärten sich die 189 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen dazu bereit, das Recht auf Entwicklung umzusetzen und extreme Armut zu bekämpfen, um den Frieden zu wahren und die Welt sicherer zu machen. Aus dieser Erklärung wurden 2001 acht Entwicklungsziele abgeleitet, die die Ziele internationaler Entwicklungspolitik bis 2015 festlegen. Vor allem mit dem Ziel die Anzahl der hungernden Menschen bis 2015 zu halbieren wurden die MDGs einem breiteren Publikum bekannt. Auftritte von Stars im Umfeld der G8-Gipfel mit Bono oder Grönemeyer sorgten für Stimmung und Druck. Doch inzwischen zeichnet sich ab: dieses Ziel wird die internationale Gemeinschaft ziemlich sicher verfehlen. Die Zahl der hungernden Menschen von ca. 850 Millionen wächst und droht aufgrund der jüngsten Preissteigerungen für Transport und Nahrungsmittel auf über eine Milliarde Menschen anzusteigen.

Vor dem Hintergrund einer Welt mit knapper werdenden Rohstoffen, der Finanzkrise, einem hohen Bevölkerungswachstum und dem nicht mehr aufzuhaltendem Wandel des globalen Klimas ist die Gefahr, dass die MDGs und die Entwicklungsländer „hinten rüber“ fallen sehr groß. Für die Entwicklungspolitik heißt das: Sie muss viel stärker und selbstbewusster für die notwendigen Weichenstellungen eintreten und das einfordern, was die Vereinten Nationen bereits 1945 in ihrer Gründungscharta formulierten: „Eine internationale Zusammenarbeit herbeizuführen, um internationale Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art zu lösen und die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle (...) zu fördern und zu festigen“.

I.

Globale Krisen brauchen gute globale Antworten

Global Governance: Globale Strukturpolitik auch aus entwicklungspolitischer Sicht definieren

Bislang ist es nicht gelungen, den Risiken der Globalisierung durch eine globale Strukturpolitik erfolgreich zu begegnen. Die Reform der Vereinten Nationen ist an engstirnigen nationalen Interessen und Machtfragen gescheitert. Doch zur Lösung der globalen Herausforderungen ist entscheidend, dass das bisher einzig tragfähig erscheinende Konzept von „Global Governance“ nicht nur diskutiert, sondern auch umgesetzt wird. Dabei geht es darum, eine umfassende Kooperation aller Staaten zu ermöglichen und verbindliche Regeln für eine gerechte Globalisierung zu schaffen. Kritische und selbstbewusste entwicklungspolitische Beiträge zur Mitgestaltung der internationalen Politik sind unentbehrlich. Selbstverständlich können die enormen Herausforderungen der Globalisierung nicht allein mit Maßnahmen der Entwicklungspolitik bewältigt werden. Dazu bedarf es eines ganzen „Politikmixes“. Aber die existierenden Bedrohungen rufen die Akteure der Entwicklungspolitik dazu auf, solidarische globale Strukturen einzufordern, um den akuten Krisen wie Hunger und Umweltkatastrophen begegnen zu können. Sonst bleiben die Ansätze entwicklungspolitischer Arbeit Stückwerk und können nicht erfolgreich sein.

Solidarische globale Strukturen fordern

Nur gemeinsam sind wir stark: Multilaterale Politik ausbauen

Aus grüner Sicht ist klar: Entwicklungspolitik muss sich verstärkt in einem fairen und effektiven Multilateralismus engagieren. Globale Probleme brauchen zum Erhalt von Frieden und Gerechtigkeit globale und gemeinsam getragene Lösungen. Die Einforderung einer Global Governance kann nur mit Hilfe multilateraler Organisationen erfolgreich umgesetzt werden. Deswegen müssen die Reformen der Vereinten Nationen, der Weltbank und des IWF weiterhin angestrebt und Anforderungen durch die Entwicklungspolitik formuliert werden.

Alte Machtstrukturen müssen Neuen weichen

Wir müssen endgültig Abschied nehmen von der Vorstellung, dass sich die Dominanz des Westens fortsetzen wird. China, Indien und Brasilien sind Länder, die mit Selbstbewusstsein die Veränderung der Machtverhältnisse einfordern. Kishore Mahbubani, Politikprofessor an der Nationalen Universität Singapur und Botschafter a.D. bei der UN, fordert, sich endlich mit dem „irresistible shift of global power to the east“ strategisch auseinanderzusetzen und darüber wie man am besten auf die wachsende Macht asiatischer Staaten reagiert. Doch sein Ruf bleibt ungehört. Von einer deutschen, geschweige denn einer europäischen Strategie gegenüber den „Neuen Mächten“ ist man weit entfernt. Denn eine wichtige Konsequenz wäre, Macht abzugeben und dies jetzt zu organisieren. So müssen in den internationalen Organisationen wie Weltbank, IWF, Sicherheitsrat und den G-Gruppen der UN die aufstrebenden Staaten stärker vertreten sein und mitbestimmen können. Zwar gibt es inzwischen Anzeichen für mehr Aufgeschlossenheit, aber eine klare Richtung und Ansage ist aus den USA, Europa und Japan bislang nicht zu vernehmen.

Schwellen- und Entwicklungsländer stärker einbeziehen

Dabei ist es nicht nur aus entwicklungspolitischer Sicht dringend geboten, die Veränderungen der Machtverhältnisse konstruktiv zu begleiten. Mit dem erhöhten Verbrauch von Rohstoffen setzt eine Verknappung ein, die nicht nur den

Wir brauchen eine globale Kooperationsstrategie

Preis erhöht, sondern auch zu Konkurrenzen führt. Soll dies nicht in einen Kampf aller gegen alle führen, müssen solidarische Vereinbarungen und eine weltweite Strategie des sparsamen Umgangs mit Ressourcen sowie der Verfügbarkeit nachhaltiger Energie zum Tragen kommen. Dafür müssen die Weichen jetzt gestellt und auch von der Entwicklungspolitik im Rahmen von internationalen Verhandlungen eingefordert werden. Wir brauchen in Europa eine gemeinsame Positionierung und Strategieentwicklung in diesen Fragen, denn sonst wird ein solches Ansinnen global nicht ernst genommen.

Harmonisierung der globalen Entwicklungszusammenarbeit

Mehrfachstrukturen abschaffen

Der Bedarf an Koordination und Kohärenz bei den Gebern dieser Welt ist enorm. Trotz der Ankündigungen auf der Pariser Konferenz im Jahre 2005, die Unübersichtlichkeit in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit zu bekämpfen, bleibt viel zu tun. So gibt es nach Angaben von Dr. Eckhard Deutscher, Vorsitzender des OECD-Entwicklungsausschusses (DAC), weltweit ca. 24 Entwicklungsbanken, 280 bilaterale Entwicklungsagenturen sowie 242 multilaterale Institutionen und weitere 40 entwicklungspolitische UN-Agenturen. Das ist eindeutig zu viel. Ein solches System vermehrt bürokratische Abläufe und ist viel zu teuer. Die Mehrfachstrukturen müssen abgeschafft, Aufgaben harmonisiert sowie klare Zuständigkeiten nach Kompetenzen verteilt werden.

Finanzielle Zusagen einhalten, Qualität und Kohärenz verbessern

Die Schlusserklärung der Accra-Konferenz im September dieses Jahres zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit bleibt leider hinter den Erwartungen zurück. Doch weisen einige Verabredungen in die richtige Richtung: Mehr Transparenz, gegenseitige Rechenschaftspflicht aller Akteure, stärkere Beteiligung der Zivilgesellschaft und Parlamente, längerfristige Zusagen, bessere Abstimmung und Arbeitsteilung und vor allem mehr Gewicht auf den Aufbau und die Nutzung leistungsfähiger und korruptionsfreier staatlicher Institutionen in den Partnerländern. Die Bekräftigung der Pariser Erklärung von 2005, neue Instrumente in der gemeinschaftlichen Budgethilfe stärker zu nutzen, statt die Partnerländer weiterhin mit einer unüberschaubaren Zahl von Einzelprojekten vieler verschiedener Geberländer zu überfordern, lässt hoffen, dass den Worten jetzt auch Taten folgen und nationale Egoismen überwunden werden. Es setzt sich immer mehr die Erkenntnis durch, dass die Millenniumsentwicklungsziele - allen voran die Halbierung der Zahl der extrem Armen und Hungernden - sich nur erreichen lassen, wenn die Qualität der Zusammenarbeit verbessert, die finanziellen Zusagen eingehalten und die Anstrengungen der verschiedenen Akteure besser aufeinander abgestimmt werden sowie mehr Politikkohärenz erreicht wird.

Afghanistan: Paradebeispiel für mangelnde Geberkoordination

„Zivil vor Militär“

Das Beispiel Afghanistan, in dem die anfängliche Euphorie über die Chancen des Aufbaus der Ernüchterung gewichen ist, zeigt, wie sehr die strukturellen Defizite der internationalen Gebergemeinschaft, die mangelnde Koordination und die fehlende Abstimmung über die eigentlichen Ziele, zu einer anhaltenden Vernachlässigung und Schwächung der Aufbauarbeit geführt haben. Hinzu kommt, dass sich die öffentliche Aufmerksamkeit auf den militärischen Bereich konzentriert, während zivile Aufbauarbeit zweitrangig gesehen wird. Ein krasses Missverhältnis, das mit dafür verantwortlich ist, dass die Weichen für den zivilen Aufbau falsch gestellt und bis heute nicht im nötigen Ausmaß korrigiert wurden. Das Prinzip „Zivil vor Militär“ wurde bis heute nicht umgesetzt, und die Fortführung der Operation Enduring Freedom (OEF) unter der Leitung der USA ist ein strategischer Fehler, der das Misstrauen in der afghanischen Bevölkerung verstärkt.

Das Versagen der internationalen Gebergemeinschaft gegenüber den vollmundigen Versprechen ist in Afghanistan mit Händen zu greifen, denn neben der Si-

cherheitslage sind auch die entwicklungspolitischen Erfolge bescheiden geblieben. Dennoch wird immer noch zu wenig getan und investiert, um vergangene Fehler mit massiven Gegenmaßnahmen auszugleichen und z.B. die Arbeit in die Fläche (Landwirtschaft) zu tragen und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Das Vertrauen in die Fähigkeiten der internationalen Gebergemeinschaft das Land voranzubringen, ist geschwunden. Dies ist ein äußerst schlechtes Signal für die Zusammenarbeit mit den Ländern muslimischen Glaubens. Afghanistan, in dem sich die Potentiale internationaler, friedlicher Entwicklungszusammenarbeit beweisen sollten, droht zum Desaster zu werden.

II.

Kohärenz, Eigenständigkeit und der Umgang mit neuen Mächten

Kohärenz verwirklichen

Für die deutsche internationale Politik scheint Kohärenz nicht nur ein Fremdwort zu sein, sondern sogar etwas ziemlich Abwegiges. Genügend Beispiele aus der Vergangenheit belegen, wie Konkurrenz und unabgestimmte Positionen zwischen den einzelnen Ministerien dazu beitragen, deutsche Anliegen und das Ansehen im Ausland zu schwächen. Ein besonders negatives Beispiel zeigte sich im diesjährigen Einsatz von Landwirtschaftsminister Seehofer für die Exportsubventionierung von Schweinefleisch in der EU, um damit auf den Märkten in afrikanischen Entwicklungsländern bessere Absatzchancen zu haben. Das vollmundige Versprechen der Bundesregierung, dass man sich auf Entwicklungskurs befinde und auf gerechtere Handelsstrukturen mit den Entwicklungsländern hinarbeite, hält dem Praxistest nicht stand und zeigt die mangelnde Kohärenz zwischen den verschiedenen Politikfeldern.

Doch eine erfolgreiche Politik nach außen braucht ein gut aufeinander abgestimmtes Konzert der Ministerien. Für ein erfolgreiches Konzert braucht es zudem mehr als nur Teamgeist, sondern auch eine kompetente Leitung und ein gutes Stück, dass in der Außenpolitik gespielt werden soll. Der Ort, an dem die Fäden für eine richtungweisende internationale Politik zusammenlaufen müssen, ist das Kanzleramt. Solange die Ressorts gegeneinander arbeiten, mindern sie den effektiven Beitrag Deutschlands zur Bewältigung globaler Krisen.

Aber der Vorwurf der mangelnden Kommunikation und Abstimmung richtet sich auch an uns Abgeordnete. Wenn wir es im Parlament nur einmal in dieser Legislaturperiode organisiert bekommen, die relevanten Ausschüsse zu Querschnittsthemen wie Biokraftstoffen gemeinsam tagen zu lassen, nicht aber zu Fragen der Zusammenarbeit in Afghanistan oder zu steigenden Nahrungsmittelpreisen, dann zeigt sich die parlamentarische Arbeit zu unbeweglich und nicht innovativ. Im Weg stehen Hindernisse wie Konkurrenz, Macht und Bürokratie. Die Einsicht in die Notwendigkeit, über Ausschussgrenzen hinweg Lösungen zu komplexen Problemen zu finden und neue Wege zu gehen, ist auch im Bundestag nur selten vorhanden. Hier sehe ich einen hohen Bedarf an Veränderungen.

Wir brauchen ein erfolgreich abgestimmtes Konzert der Ministerien

Lösungen über Ausschussgrenzen hinweg finden

**Eigenständige
Politikgestal-
tung des BMZ
im gemeinsa-
men Rahmen
der Ressorts**

Eigenständigkeit der Entwicklungspolitik

Der Vorschlag, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unter dem Vorwand höherer Effektivität und Kohärenz in das Auswärtige Amt (AA) zurück zu führen, geht weit am Ziel vorbei. Niemand käme auf die Idee, Umweltpolitik in die Wirtschaftspolitik einzugliedern, nur weil es hier Konflikte gibt. Deutschland ist den Weg eines eigenständigen Entwicklungsministeriums gegangen und das hat viele Vorteile gebracht. Die Zusammenlegung der zwei Ministerien wäre ein politischer und organisatorischer Kraftakt, der gegen den Willen vieler Beteiligter stattfinden würde. Und oft sind es nicht so sehr die Strukturen, sondern die beteiligten Personen, die sich gegenseitig Steine in den Weg legen. Die Lösung liegt nicht in der Zusammenlegung von Ministerien, sondern es müssen zunächst Entscheidungen auf Kabinettssebene getroffen und dann die kohärente Umsetzung organisiert werden. Das BMZ und die übrigen Ressorts benötigen einen gemeinsamen Rahmen, in dem die Kompetenzen der einzelnen Ministerien entlang der internationalen Problemstellungen zusammengeführt und vernetzt werden. Hier sehe ich viel dringlicheren Veränderungsbedarf als in der Frage der Überführung des BMZ in das AA. Wenn wir die Eigenständigkeit des BMZ aufgeben, verlieren wir in Deutschland ein wichtiges Instrument konstruktiver Politikgestaltung.

**Gezielte Weiter-
bildung in inter-
nationalen Per-
sonalprogram-
men ausbauen**

Europäische und internationale Kompetenz erhöhen

Deutsche Politik braucht mehr europäische und internationale Kompetenz und das in allen Ministerien, die sich auf internationalem Parkett bewegen. Dies muss heute dringender denn je gesteuert und langfristig geplant sein. Es ist höchste Zeit, dass für gezielte Weiterbildung im internationalen Austausch Personalprogramme ausgebaut werden. Es kann nicht sein, dass vorwiegend in den Durchführungsorganisationen persönliche Erfahrungen mit Kontaktländern vorhanden sind, während selbst im BMZ die MitarbeiterInnen nur sporadisch Länder und Projekte persönlich kennen lernen, für die sie Verantwortung übernehmen. Internationale und vor allem europäische Kompetenz auf allen Ebenen wird entscheidend sein, wenn es z.B. darum geht, innovativ auf die Veränderungen zu reagieren, die durch den wachsenden Einfluss der asiatischen Länder entstehen. Stattdessen werden die Erfahrungen der Auslandskräfte in den Ministerien immer noch zu wenig genutzt. Es ist rückständig, wenn ausgerechnet diejenigen, die ins Ausland wechseln, viel zu oft bei der Rückkehr sprichwörtlich im Keller landen.

**Widersprüch-
lichkeit der Zu-
sammenarbeit
mit China**

Deutsche Entwicklungszusammenarbeit in China muss mit der Zeit gehen

Diese Überschrift ist bewusst doppeldeutig, denn an der Frage der Entwicklungszusammenarbeit mit China scheiden sich die Geister. Die teilweise heftig geführten Diskussionen zeigen, welchen Widersprüchen sich die Zusammenarbeit in China ausgesetzt sieht und dass nicht alle bereit sind, sich den neuen Herausforderungen in diesem „Ankerland“ zu stellen. Für die meisten Menschen heißt Entwicklungszusammenarbeit, dass man hilft und auch Geld verschenkt. Und heutzutage ist die Frage mehr als berechtigt, ob China noch „Hilfe“ aus Deutschland braucht. Schließlich hat China genug Devisen und bewiesen, dass auch 30 Milliarden Ausgaben für die Olympiade finanzierbar sind. Ein solches Land brauche keine „Entwicklungshilfe“, so die landläufige Meinung.

Auf diesen öffentlichen Druck hat das BMZ nun im September dieses Jahres reagiert und lässt die finanzielle Zusammenarbeit mit China auslaufen. Ich frage kritisch, ob das in dieser Form nicht ein strategischer Fehler ist. Denn mit dieser Entscheidung zieht sich das BMZ größtenteils aus der Zusammenarbeit mit dem gegenwärtig einflussreichsten Schwellenland zurück. Es steht zu befürchten, dass dies der Anfang vom Ende der bislang sehr respektablen Ankerlandstrategie ist.

gie des Ministeriums ist. Mit dieser Strategie hatte das BMZ die Kooperation mit wichtigen Regionalmächten begründet, damit bestimmte Entwicklungen auch auf die Nachbarländer ausstrahlen. Das Ankerlandkonzept wäre aus meiner Sicht noch ausbaufähig gewesen, weil es sich offen für neue Ansätze der Kooperation mit neuen Mächten zeigte. Jetzt, wo China nicht mehr dazu gehört, ist diesem Konzept durch das BMZ selbst teilweise der Boden entzogen worden.

Dabei ist China immer noch auch ein Entwicklungsland, denn die soziale Kluft zwischen arm und reich ist riesig (ca. 200 Millionen leben immer noch von weniger als einem Dollar am Tag), die Einhaltung der Menschenrechte ist nicht gegeben und die ökologischen Herausforderungen sind enorm. Umweltfragen, nachhaltiges Wirtschaften und Rechtsstaatsdialog gehören zu den von chinesischer Seite stark nachgefragten deutschen Angeboten. Dabei geht es schon lange nicht mehr um „klassische Hilfe“, sondern um die Begleitung der Transformationsprozesse in den Bereichen Umweltschutz, Energie und nachhaltiges Wirtschaften. Deutschland hat das Know-how diese wichtigen Prozesse positiv mit zu gestalten. Den nun begonnenen Rückzug aus der finanziellen Zusammenarbeit mit China halte ich für fahrlässig, denn eigentlich hätte man vorher neue Konzepte entwickeln müssen, um den Fuß in der Tür nach China zu behalten. Dabei denke ich auch an eine ressortübergreifende Kooperation des BMZ mit dem Bundesumweltministerium, welches immer mehr globale Aufgaben übernimmt und mit anderen Staaten in der Umwelt- und Klimapolitik zusammen arbeitet. Diese Chance für eine Weiterentwicklung der Entwicklungspolitik mit China zur Bewältigung aktueller Probleme wurde leider vertan.

Transformationsprozesse positiv und kooperativ mitgestalten

III.

Klimawandel, Rohstoffknappheit und steigende Nahrungsmittelpreise

Wir dürfen keine Zeit verlieren. Die nötigen Investitionen in die Reduzierung der Emissionen, für Waldschutz, Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel, Erneuerbare Energien und in die ländliche Entwicklung müssen jetzt getätigt werden. Klimawandel, Ressourcenknappheit und Welternährungsprobleme sind ein globales Sicherheitsrisiko und hängen eng miteinander zusammen.

Investitionen müssen jetzt getätigt werden

Vor allem in Afrika sind schon heute Tote zu beklagen, die im direkten Zusammenhang mit dem Klimawandel stehen. Eine Haltung, die die Fragen der Ökologie nachrangig zur ökonomischen Entwicklung betrachtet, verkennt die dramatischen Auswirkungen des Temperaturanstiegs auf die Menschheit. Alle entwicklungspolitischen Maßnahmen müssen sich heute daran messen lassen, was sie zur Stabilisierung des ökologischen Gleichgewichts beitragen können. Eigentlich hatten sich die Industrieländer in der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen dazu verpflichtet, die Anpassung an den Klimawandel in den Entwicklungsländern zu unterstützen. Doch wurden durch die multilateralen Finanzierungsmechanismen zur Anpassung (LDC-Fund, Special Climate Change Fund) bis 2007 lediglich 26 Mio. Dollar ausgezahlt – eine Summe, die der Human Development Report des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) zu Recht als „lächerlich“ bezeichnet. Jetzt muss alles daran gesetzt werden, dass es 2009 zu einem hochwertigen Abschluss des Post-Kyoto-Abkommens kommt, damit eine neue weltweit klimarelevante Übereinkunft für die Zeit nach 2012 beschlossen wird. Die „Klimagerechtigkeit“ muss bei den Verhandlungen eine entschei-

Klimagerechtigkeit für Post-Kyoto herstellen

dende Rolle spielen. „Klimagerechtigkeit“ meint, dass alle Länder gemäß ihrem Beitrag zum Klimawandel und ihren Möglichkeiten die entsprechenden Ressourcen zu mobilisieren am Kampf gegen den Klimawandel beteiligt werden müssen. Dafür muss ein tragfähiges und gerechtes Konzept entwickelt werden.

**Erneuerbare
Energien aus-
bauen, dem Öl
den Rücken
kehren**

Das Ende des Ölzeitalters hat bereits begonnen und die Auswirkungen – die langfristige stetige Verteuerung der Ressource – sind für die Entwicklungsländer ohne eigene Rohölressourcen verheerend. Einen noch größeren Teil ihrer knappen Devisen müssen sie für den Energieträger aufbringen. Aber auch für die Entwicklungsländer mit großen Rohölreserven ist die Verknappung auf den Märkten nicht unbedingt ein Segen. Die großen Verbraucher leisten sich schon jetzt einen „Run“ auf die verbliebenen Quellen und allzu häufig bleiben dabei Mensch, Umwelt und Frieden auf der Strecke. Diese Entwicklung birgt aber auch eine Chance: Dem Öl als Energieträger Nummer eins den Rücken zu kehren und neue Wege zu beschreiten. Der Ausbau der erneuerbaren Energien, zusammen mit Effizienz und Einsparmaßnahmen ist grünes Programm, weil ein solches Ziel die friedlichsten Optionen für die Zukunft enthält. Es schützt Klima und Umwelt, verringert wirtschaftliche Abhängigkeiten in Import- wie Exportländern und fördert Entwicklung auf vielfältige Weise. Atomkraft ist keine Lösung für Energie- und Umweltprobleme, sondern sie wird die Abhängigkeiten in den Entwicklungsländern noch verschärfen, das Sicherheitsrisiko erhöhen und der Menschheit auf Jahrtausende ungeheure Kosten aufbürden. Investitionen in die Erdölförderung (wie auch in Förderung anderer fossiler Energieträger) durch Banken, die mit öffentlichen Geldern arbeiten, wie die Weltbank, die Europäische Investitionsbank und die Landesbanken, müssen ein Ende haben. Und für ökologisch sensible Gebiete mit Erdölvorkommen (oder auch anderen Rohstoffvorkommen) müssen Umwelt- und Klimaschutz an erster Stelle kommen und die Gebiete unangetastet bleiben. Ein Pilotprojekt in Ecuador, bei dem das Öl im Boden bleiben soll, um ein Gebiet mitten im Amazonas-Regenwald zu schützen steht kurz vor dem Durchbruch und kann den Weg weisen für eine neue Zeit.

**Soziale und öko-
logische Stan-
dards in der
Ressourcenför-
derung
einhalten**

Doch nicht nur die Umwelt leidet unter der rücksichtslosen Förderung von Rohstoffen aller Art. Auch die Menschen sind besonders in Entwicklungsländern oft die Verlierer. Viele Länder mit den größten Bodenschätzen sind auch diejenige, in denen der Großteil der Bevölkerung nichts von diesem Reichtum hat und die Kluft zwischen Gewinnern und Verlierern enorm ist. Rund 29 Prozent der ärmsten Milliarde Menschen leben in Ländern, in denen der Ressourcenreichtum das Wirtschaftsleben dominiert. Wenn diese Entwicklung durchbrochen werden soll, muss die internationale Gemeinschaft zur Errichtung eines Rohstoffregimes beitragen, welches die Einhaltung von sozialen und ökologischen Standards sicherstellt und die Transparenz über die Verwendung von Einnahmen aus der Rohstoffgewinnung erhöht. Erste Ansätze werden von der zivilgesellschaftlichen Organisation „Publish what you pay“ sowie der Regierungsinitiative „Extractive Industries Transparency Initiative“ (EITI) vorangetrieben. Soll es aber tatsächlich zu einer gerechteren Verteilung der Reichtümer und dem Schutz vor ökologischen Risiken kommen, müssen auch Banken, Investmentfonds und Rentenfonds ebenso wie die aufstrebenden Mächte China, Indien und Brasilien involviert werden.

**Ländliche Ent-
wicklung
fördern**

Aktuell zeichnet sich eine weitere Gefahr ab, für die wir langfristig Lösungen brauchen. Durch den Klimawandel, die Verknappung von Öl und den wachsenden Konsum steigen die Preise für Nahrungsmittel und erhöht sich die Zahl der Hungernden. Daher müssen sofort Maßnahmen zur Lösung der Krise ergriffen werden und mehr Geld der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit für die Förderung der ländlichen Entwicklung ausgegeben werden. Technologische Neuerungen sind wichtig, doch wir Grünen warnen davor, die Hungerproblematik mit industriellen Mitteln wie der Agro-Gentechnik anzugehen. Vielmehr müssen

wir die nachhaltige Nutzung von Böden und die Förderung des Anbaus von lokalen und regionalen Nutzpflanzen fördern. Um die Ernährungskrise zu überwinden, muss viel stärker der Anbau von Grundnahrungsmitteln in den von Hunger betroffenen Ländern angekurbelt und vor allem die kleinbäuerliche Landwirtschaft unterstützt werden. Parallel müssen wir die schädlichen Agrarsubventionen v.a. in der EU und den USA abschaffen und den Entwicklungsländern die Chance geben durch Zölle und Importquoten ihre Nahrungsmittelmärkte zu schützen. Sonst ist die Unterstützung der ländlichen Entwicklung über kurz oder lang vergebene Mühe.

IV.

Nachbarkontinent Afrika

Ein unterschätzter Kontinent

Unser Nachbar Afrika erfährt neue Impulse: Die Zahl der Demokratien nimmt zu und bewaffnete Konflikte in Ländern wie Liberia, Sierra Leone und Burundi werden überwunden. Diese Staaten stehen vor einem Neuanfang, wenn auch einem sehr schwierigen. In anderen Ländern vollzieht sich eine Stärkung von Institutionen – auch als Folge des afrikanischen Reformprogramms NEPAD (New Partnership for Africa's Development), das begleitet wird von einem Prozess der gegenseitigen Beobachtung im Rahmen des African Peer Review Mechanism (APRM). Das Wirtschaftswachstum liegt in den meisten Staaten höher als in den vergangenen dreißig Jahren und das Interesse Chinas und Indiens an der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ermöglicht neue Optionen. Jedoch bleibt die Lage in Staaten wie Simbabwe, im Sudan, Somalia oder im Osten der DR Kongo weiterhin unerträglich und auch Länder wie Kenia erleben Rückschläge.

Wir Grünen haben uns in der laufenden Legislaturperiode kontinuierlich mit Themen der Zusammenarbeit zwischen Afrika und Europa befasst und entsprechende parlamentarische Initiativen eingebracht. Wir treten ein für eine vertiefte Partnerschaft und fordern dazu auf, die Mittel für Afrika deutlich zu erhöhen, um z.B. die beschleunigte Anpassung an den Klimawandel zu ermöglichen, Krankheiten zu bekämpfen und die bäuerliche Landwirtschaft zu fördern. Das verstärkte Interesse von afrikanischen Staaten an der Kooperation mit Industrieländern, um Energie aus Wasser, Wind, Sonne und Biomasse herzustellen, muss aufgegriffen werden. Aus unserer Sicht braucht Afrika hier alles außer Atomkraft. Afrika ist ein Kontinent der Chancen und wir wollen dazu beitragen, dass diese von und für die Menschen dort genutzt werden.

**Partnerschaft
mit Afrika
ausbauen**

Die Millenniumsentwicklungsziele (MDG) drohen zu scheitern

Die internationale Gemeinschaft hat sich verpflichtet, bis 2015 die Armut zu halbieren, die Kinder- und Müttersterblichkeit zu verringern, den Zugang zu Bildung und Gesundheit zu verbessern und bessere Lebensbedingungen zu schaffen. Auch in Afrika sind Fortschritte auf dem Weg zur Verwirklichung der MDGs zu verzeichnen. Dennoch ist die Armut, insbesondere in Sub-Sahara-Afrika extrem hoch geblieben. 41 Prozent der Bevölkerung müssen mit weniger als einem US-Dollar am Tag überleben und auch bei der Verbesserung der Gesundheitssituation sind besonders in Sub-Sahara-Afrika keine Fortschritte zu verzeichnen.

Versprechen einhalten

Nun drohen durch das Fortschreiten der Klimaveränderungen, die Vernachlässigung der Landwirtschaft sowie die steigenden Nahrungsmittel- und Energiepreise die bisherigen Erfolge wieder weg zu brechen. Deswegen muss die EZ auch in Zeiten der globalen Finanzmarktkrise massiv dafür eintreten, dass die gemachten Versprechen für mehr Mittel und Engagement nicht vergessen werden. Es mangelt weniger an Geld, wie uns die zügige Bereitstellung von Mitteln in dreistelliger Milliardenhöhe zur Rettung des Bankensektors vor Augen führt, sondern am politischen Willen, der Verwirklichung der MDGs Priorität einzuräumen.

Alte Zöpfe abschneiden und neue Ansätze verwirklichen

Die Art und Weise, wie China in Afrika seine Interessen umsetzt, die mangelnde Menschenrechtsorientierung und die Kurzfristigkeit der Abkommen und Hilfen sind sehr kritisch zu sehen. Aber eines ist klar: Diese Süd-Süd-Kooperation ermöglicht es den afrikanischen Staaten, die immer noch vorhandene, oft mit doppelten Standards versehene altkoloniale Abhängigkeit von Europa abzuschütteln und mit neuem Selbstbewusstsein aufzutreten. Die chinesische Politik auf Augenhöhe mit den afrikanischen Partnern setzt Europa unter Druck. Das mündete letztes Jahr in den Versuch von Seiten der europäischen Staaten, mit der EU-Afrika-Strategie ein neues Stadium der Kooperation zu erreichen. Doch leider war dies nur ein erster Schritt und zudem auch noch ein halbherziger.

Positive Veränderungen anerkennen und angemessen reagieren

Die deutsche und europäische EZ kann angesichts des Tempos der Bewilligung von Leistungen aus China, Indien und Brasilien nicht mehr weitermachen wie bisher. Selbstkritik tut not, die doppelte Moral muss beendet und neue Ansätze erprobt und verwirklicht werden. Des Weiteren muss darüber nachgedacht werden, wie man mit den neuen Gebern über gemeinsame Leitlinien von wirtschaftlicher und entwicklungspolitischer Zusammenarbeit mit Afrika in den Dialog treten kann. Wenn Europa den Nachbarn Afrika ernst nehmen will, muss man bereit sein, ein neues Kapitel in den Beziehungen aufzuschlagen. Allein von Partnerschaft zu reden genügt nicht, in Europa müssen die positiven Veränderungen in den afrikanischen Staaten endlich anerkannt und angemessen darauf reagiert werden.

V.

Deutsche Entwicklungspolitik zukunftsfähig machen und Reformen vorantreiben

Ohne innovative Finanzierungsinstrumente kein Erreichen der MDGs

Mehr Mittel statt weniger werden jetzt gebraucht

Ein Prüfstein für die Glaubwürdigkeit internationaler Politik ist die Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele. Deren Erreichung hängt von politischen Veränderungen in den Entwicklungsländern selbst und von der Unterstützung der Gebergemeinschaft ab. Neben der Steigerung der Wirksamkeit der Zusammenarbeit, kommen wir nicht darum herum auch mehr Mittel zur Verfügung zu stellen.

Heute muss man ernüchert feststellen, dass es im Jahr 2007 sogar einen Rückgang der gesamten öffentlichen Entwicklungsgelder (Official Development Aid, ODA) der Staaten im DAC (Development Assistance Committee), dem Entwicklungsausschuss der OECD, gegenüber 2005 um 4,5 Prozent gegeben hat. Damit ist die so genannte ODA-Quote international erstmals seit 1997 zurückgegangen.

Für Deutschland gilt, dass es in den Haushaltsansätzen für die Entwicklungspolitik von 2007, 2008 und 2009 tatsächlich zu Steigerungen gekommen ist. Doch mit 0,37 Prozent im Jahr 2007 ist Deutschland damit gerade mal „Zwölfter“ im Mittelfeld der 22 DAC-Mitgliedsstaaten. Außerdem ist dieser „kleine“ Fortschritt mit Schuldenerlassen für Staaten wie Nigeria, Irak oder aktuell für Liberia zustande gekommen. Grundsätzlich begrüßen wir die Umwidmung von Schuldentilgungen für Entwicklungsprogramme durch einen „debt swap“.

Doch auf Dauer sind Schuldenerlasse kein nachhaltiges Finanzierungsinstrumentarium. Für die sukzessive Steigerung der ODA-Quote auf 0,7% des BNE braucht es „frisches Geld“ und das kann nicht aus dem Haushalt selbst kommen. Gerade weil die Weltfinanzmarktkrise die Verwirklichung der MDGs zur Makulatur zu machen droht, ist neben der Erhöhung von Budgetmitteln die Einführung neuer, innovativer Finanzierungsinstrumente unerlässlich. Wir Grünen sprechen uns verstärkt für die Einführung einer Devisentransaktionssteuer, einer Flugticketabgabe, eines Abbaus von Steuersubventionen und auch für die Einbeziehung des Luftverkehrs in den Emissionshandel aus, um der Entwicklungsfinanzierung eine solide Basis zu geben.

**„frisches Geld“
durch innovative
Finanzierung**

Entwicklung braucht globale Strukturpolitik

Eines der Markenzeichen der Entwicklungspolitik ist die Bekämpfung von Hunger und Armut und so wird sie auch in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Doch punktuelle Armutsbekämpfung war nie das ausschließliche Ziel, denn immer ging es auch um die Veränderungen der weltweiten Strukturen, die nachhaltige Entwicklung aus eigener Kraft ermöglicht. Dazu braucht es eine Art von Weltinnenpolitik oder eben globale Strukturpolitik. Ohne eine solche wird die Entwicklungspolitik weiter gegen Windmühlen kämpfen, weil viele der Probleme nicht durch sie allein gelöst werden können.

Für die Entwicklungspolitik bleibt es unverändert wichtig, eigenständige Entwicklungsprozesse in den Entwicklungsländern selbst anzustoßen. Auf nationaler Ebene müssen deshalb in Entwicklungsländern demokratische und rechtsstaatliche Strukturen aufgebaut werden, die die partizipative Entscheidungsfindung ermöglichen und zudem stark genug sind, diese auch durchzusetzen. Auf der internationalen Ebene stehen die ungerechten Welthandelsstrukturen einer nachhaltigen Entwicklung in den Entwicklungsländern im Wege. Besonders die Agrarexportsubventionen der USA und der EU haben verheerende Auswirkungen auf die kleineren ProduzentInnen in Afrika, Asien und Lateinamerika. Eklatant ist das Ungleichgewicht in der Nutzung der (energetischen) Ressourcen, das auf der einen Seite Entwicklung und Wohlstand befördert und auf der anderen Seite Entwicklung hemmt und Krisen heraufbeschwört. Schließlich brauchen wir auch noch eine globale Finanzordnung, die Liquiditätskrisen wie wir sie aktuell in den USA und in Europa erleben, in den Entwicklungsländern verhindert. Die entwicklungsfreundliche Regulierung der Bereiche Handel, (Energie-)Rohstoffe, Klimawandel und Finanzmärkte ist für die Ausarbeitung einer gerechteren Weltordnung, die gleichermaßen Entwicklung, Frieden und Wohlstand bringen kann, unerlässlich.

Entwicklungsfreundliche Regulierung auf nationaler und internationaler Ebene ist unerlässlich

Budgethilfe: Chancen nutzen

Ich unterstütze den weiteren Ausbau der allgemeinen Budgethilfe als ein Instrument der Entwicklungszusammenarbeit. Damit Budgethilfe effektiv eingesetzt werden kann, soll auf Geber- und Empfängerseite weiterhin alles getan werden, um Transparenz zu fördern und Korruption abzubauen. Es muss gewährleistet sein, dass die zur Verfügung gestellten Mittel unter dem Prinzip der Eigenverantwortlichkeit („Ownership“) dem Gemeinwohl in den Partnerländern dienen. Sie

Budgethilfe nachhaltig einsetzen

müssen demokratische Prozesse und insbesondere die Kontrollfunktion der Parlamente in diesen Ländern stärken. Ebenso müssen die Möglichkeiten zivilgesellschaftlicher Organisationen unterstützt werden, sich mit dem Haushalt zu befassen sowie politische und haushaltsrelevante Forderungen zu artikulieren. Unter diesen Voraussetzungen ist die Budgethilfe ein Instrument, welches dazu beitragen kann in den Partnerländern entwicklungsrelevante Impulse mit nachhaltiger Wirkung zu geben. Ein entscheidendes Kriterium für den erfolgreichen Einsatz der Budgethilfe sind langfristige Finanzierungszusagen der Geber für die Haushalte der Partnerländer als dies zurzeit der Fall ist.

Institutionenreform muss fortgesetzt werden

Die OECD bescheinigte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit 2005 eine sehr gute Arbeit – gleichwohl sei die Zersplitterung der Durchführungsorganisationen nicht zukunftsfähig. Betont wurde, dass die Trennung von technischer und finanzieller Zusammenarbeit nicht mehr zeitgemäß sei. Dies sollte eigentlich der Start in eine Institutionenreform großen Stils sein, doch verhinderten handwerkliche und politische Fehler die dringend notwendige große Institutionenreform von GTZ und KfW.

Neuorganisation prozesshaft organisieren

Für uns Grüne bleibt die Institutionenreform der Durchführungsorganisationen auf der Agenda. Wir wollen eine Neuorganisation durch die Einrichtung einer einheitlichen bundeseigenen Entwicklungsagentur. Eine gelungene Zusammenlegung von finanzieller und technischer Zusammenarbeit, die die Stärken dieser Institutionen beibehält, wäre ein wichtiger Schritt zur mehr Transparenz, Effizienz und Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit. Gleichzeitig muss die Verteilung der Aufgaben und Einflussnahmen neu austariert werden, denn zwischen Parlament, dem Ministerium, den Durchführungsorganisationen, aber auch den Partnerländern braucht es entsprechende Kommunikations- und Entscheidungswege. Dies kann nur in Zusammenarbeit geschehen und bedarf aufgrund der Komplexität viel Fingerspitzengefühl, damit die Beteiligten die positiven Seiten bei der Entwicklung der neuen Kooperationsformen erkennen. Aus grüner Sicht sollte das BMZ künftig vorrangig mehr „Agenda-Setter“ sein, als sich z.B. in der Kontrolle der Aktivitäten vor Ort zu übernehmen. Die Verantwortlichkeiten für die konkreten Entscheidungen in den Ländern müssen über Zielvereinbarungen definiert, aber dezentralisiert sein, damit kurze, schnelle Wege zu besseren Erfolgen führen. Dabei müssen die Kompetenzen der Durchführungsorganisationen genutzt und vor Ort zum Tragen kommen können.

Das Ziel: Schneller, zügiger, konkreter, internationaler und erfolgreicher

Kritisch über eine effiziente internationale Einbettung der deutscher Entwicklungspolitik debattieren

Die globalen Krisen sind auch eine Herausforderung für die deutsche EZ, die für ihre Verfahren international adäquate Antworten finden muss. Dies betrifft vor allem die Haushaltsverfahren, deren Abläufe, ihre Kontrolle, Rechenschaftspflichten, Auszahlungsmodalitäten, die Frage der Jährlichkeiten oder auch der Abgrenzung von bi- und multilateralen Zahlungen. So wird seit Jahren zwischen den internationalen Gebern über Budgethilfen, langfristige Berechenbarkeit der Mittel und Garantien zum Mittelabfluss diskutiert. Doch finden diese Diskussionen bislang im deutschen Bundestag kaum Beachtung oder werden unter der Überschrift „unkontrollierbare Budgethilfe“ abqualifiziert. Das ist aus meiner Sicht unerträglich, weil sich darin auch eine gewisse Ignoranz internationaler Debatten widerspiegelt, wir im Bundestag nicht auf der Höhe der internationalen Debatten diskutieren und wichtige Argumente aus anderen Ländern zur Gestaltung einer harmonisierten Entwicklungspolitik keinen Raum finden. Nötig ist also eine kritische Debatte, über die Einbettung des deutschen Systems in eine zukunftsfähige internationale Entwicklungspolitik.

Das gilt auch für den Bereich der Verhandlungen und Abkommen mit den Partnerländern Deutschlands. Diese finden in der Regel alle zwei Jahre statt und haben den Sinn, sich über die Ziele von Entwicklungszusammenarbeit zu verständigen, diese offiziell zur Kenntnis zu nehmen und langfristige Ziele zu verabreden. Dies mag in vielen Fällen richtig sein, aber in der Zeit zwischen den zwei Jahren ist es schwierig, neue Sektoren der Zusammenarbeit wie z.B. in Klimafragen zu verabreden. Auch die häufig langwierigen parlamentarischen Verfahren zur Verabschiedung von Regierungsabkommen in den Partnerländern sind durchaus kontraproduktiv. Hier muss dringend darüber diskutiert werden, wie die Verfahren im Einzelnen beschleunigt werden können.

Innovativ und flexibel – Neue Ansätze aufgreifen

Nobelpreisträger Muhammad Yunus hat mit der Vergabe von Mikrokrediten vorgemacht, wie ein unkonventioneller Ansatz erfolgreiche Entwicklung für die Ärmsten ermöglicht. Heute hat das System der Kleinkredite, die vorrangig an Frauen ausgegeben werden, viele NachahmerInnen auf der ganzen Welt gefunden.

Mikrokredite als gutes Beispiel

Dieses Beispiel macht Mut und zeigt die Möglichkeiten, die darin bestehen, Maßnahmen speziell auf die Bedürfnisse von Benachteiligten zuzuschneiden. Inzwischen gibt es auch in Deutschland konkretere Pläne zur Etablierung von sozialen Sicherungssystemen für Arme¹. So genannte Mikroversicherungen sollen dazu beitragen Menschen mit geringem und/oder unregelmäßigem Einkommen gegen soziale Risiken wie Krankheit oder Ernteauffälle abzusichern. Selbst kleinste Beiträge könnten für diese Menschen schon hilfreich sein, um mit Hilfe einer solchen Versicherung nach der Krankenphase wieder Tritt fassen zu können. Wir Grünen unterstützen diese Idee, die inzwischen auch von Seiten der Bundesregierung und einigen Versicherungen angegangen wird und halten den Einstieg in die konkrete Erprobung von sozialen Sicherungssystemen in Projektländern für dringend geboten.

Soziale Sicherungssysteme aufbauen

Ein weiterer Ansatz für eine moderne Entwicklungspolitik ist der Umgang mit Migration und deren Begleiterscheinungen. Nach Schätzungen der Weltbank hatten 2007 die jährlichen Überweisungen von MigrantInnen in Entwicklungsländer einen Umfang von ca. 300 Mrd. US-Dollar. Damit übersteigen diese Überweisungen (Remittances) die Gesamtsumme der ausländischen Direktinvestitionen in den Entwicklungsländern und stellen mehr als das Doppelte der offiziellen Entwicklungszusammenarbeit dar. Deutschland ist zum Beispiel eines der wichtigsten Sendeländer von solchen Überweisungen, wenn auch nicht in klassische Entwicklungsländer. Die Diskussionen darüber, inwieweit z.B. diese Überweisungen auch für die Entwicklungszusammenarbeit genutzt werden können, stehen leider immer noch am Anfang; ebenso die Diskussion, wie die Auslöser von Migration tatsächlich überwunden werden können. Auch deshalb müssen Hunger, Umweltkatastrophen, Konflikte, Kriege oder auch wirtschaftliche Nöte insbesondere in Afrika viel stärker in den Blick genommen werden, damit der Migrationsdruck verringert werden kann. Auf der anderen Seite muss auch kritisch hinterfragt werden, warum die Anwerbungen aus Europa für Gesundheitspersonal (brain drain) oder billige Saisonarbeiter in der Landwirtschaft (Beispiel Spanien) nicht dazu führen, eine kluge, menschenfreundliche, europäische Einwanderungspolitik zu etablieren, die die Interessen auf beiden Seiten ohne Lebensgefahr für die MigrantInnen regelt. Hier müssen dringend die Beschränkungen einer restriktiven europäischen Ausländerpolitik (Festung Europa) überwunden werden.

Migration positiv nutzen

¹ Dies wurde dankenswerterweise von Walter Riester vorangetrieben.

Diese wenigen Beispiele sollen aufzeigen, dass Entwicklungspolitik sich der Aufgabe stellen muss, nicht nur in klassischen Formen zu denken, sondern neue Ansätze aufzugreifen und in ihre Arbeit zu integrieren.

Zivile Gruppen vermehrt stärken

Grenzen des Top-Down- Ansatzes

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit hat aus guten Gründen einen Verhandlungsauftrag mit den jeweiligen Regierungen der Partnerländer. Doch dieser „Top-Down-Ansatz“ ist an seine Grenzen gekommen. Die deutsche Art, über Regierungsverhandlungen Entwicklungsmaßnahmen zu koordinieren ist veraltet und international betrachtet zunehmend ein Auslaufmodell. Gleichzeitig hat dieser „Top-Down-Ansatz“ dazu geführt, dass zivilgesellschaftliche Gruppen am Rande blieben, nicht ausreichend unterstützt und ihre Möglichkeiten nicht ausgeschöpft wurden. Aus meiner Sicht muss deutsche Entwicklungszusammenarbeit zivile Gruppen und Nichtregierungsorganisationen verstärkt fördern. Denn in der Zivilgesellschaft finden wichtige demokratische Verhandlungen und Prozesse statt und besonders in fragilen Staaten mit nicht funktionsfähigen Institutionen können sie Ausgangspunkte für zukunftsfähige Veränderungen sein. Wenn es darum geht, Handlungsoptionen zu ermöglichen, muss die entwicklungspolitische Unterstützung anders verteilt und außerhalb staatlicher Wege aufgestockt werden.

Deshalb Entwicklungspolitik!

Deutschland muss ein vitales Interesse daran haben, den Risiken der Globalisierung wirksam und friedlich zu begegnen. Die Ziele der Entwicklungspolitik gehen damit konform. Daher sind Herausforderungen wie die Überwindung der Armut, eine globale Umweltpolitik oder die Herstellung von Energiesicherheit auch von hoher Aktualität für die Entwicklungspolitik. In der Gestaltung einer gerechten Globalisierung liegen die Anforderungen für die kommenden Dekaden und hierzu muss Entwicklungspolitik ihre Möglichkeiten und Fähigkeiten einbringen, aber auch deutlich machen, welche Grenzen dieses Politikfeld hat. Der Aufruf an die Entwicklungspolitik lautet, für Hunderte von Millionen unterprivilegierter Menschen Partei zu ergreifen und in der Auseinandersetzung mit anderen Politikfeldern dafür einzutreten, dass die Interessen der verarmten Menschen nicht mit Füßen getreten werden. Und dieser Auftrag wird auch in Zukunft nicht überflüssig sein, im Gegenteil!

Quellen

- BMZ: Medienhandbuch Entwicklungszusammenarbeit Entwicklungspolitik 2006/2007.
- Collier, Paul: The Bottom Billion – Why the poorest countries are failing and what can be done about it. 2007.
- Deutscher, Eckhard u. Fyson, Sara: Improving the Effectiveness of Aid. A proliferation of donors and projects has made aid governance a serious problem. AWZ-Dokument vom 22.07.2008.
- Faigle, Philip: Zeit online: 2.6.2008: „Ölkrise verändert die Globalisierung“. In: Zeit online vomn Philip Faigle. 2.6.2008.
- GKKE: Zusammenfügen, was zusammengehört. Der Bundestag vor der Hausforderung entwicklungspolitischer Kohärenz. Juli 2008.
- Jaura, Ramesh: Entwicklung: Zuhören statt kritisieren – Vomn Afrika-Engagement Chinas lernen. IPS, 2008.
- Johnson, Dominic: Kongo – Kriege, Korruption und die Kunst des Überlebens, 2008.
- Mahbubani, Kishore: „The New Asian Hemisphere. The irresistible shift of global power to the east“, 2008.
- Maihold, Günther: „Alles ist Außenpolitik“. Entwicklungszusammenarbeit in der Kohärenzfalle – Anmerkungen zur Entgrenzung eines Politikfeldes. In: Welt-Sichten, 0-2007.
- Messner, Dirk: Die „große globale Transformation“ bis 2050. In: Welt-Sichten, 0-2007.
- Nohlen, Dieter (Hg.): Lexikon Dritte Welt, 2002.
- Nuscheler, Franz: Die umstrittene Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit. INEF-Report 93/2008.
- VENRO: Mehr Entwicklungshilfe durch bessere Entwicklungszusammenarbeit – Armutsbekämpfung als Ziel der neuen Entwicklungsarchitektur stärken. VENRO Positionspapier zum III. High Level Forum der OECD in Accra 2008 zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit.

Ute Koczy MdB
Sprecherin für Entwicklungspolitik
Bündnis 90/Die Grünen



Ich bin entwicklungspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/ Die Grünen und sitze im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Meine Themen sind Entwicklungspolitik, die Umsetzung der Millennium-Entwicklungsziele, Umwelt, Rohstoffe, Wirtschaft, Menschenrechte, Frauen, Gesundheit und Sicherheit.

Kontakt

Ute Koczy, MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030-227-73150

Fax: 030-227-76079

ute.koczy@bundestag.de

www.ute-koczy.de